



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Bericht von der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz am 12.4.2014 auf der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart

350 Bürgerinnen und Bürger haben an der zweiten Entwicklungspolitischen Landeskonferenz teilgenommen, die am 12.4.2014 auf der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart stattfand. Thematischer Schwerpunkt der Konferenz war der Zusammenhang von Entwicklungspolitik, Menschenrechten, Flucht und Vertreibung. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorbereitung des Europäischen Jahrs für Entwicklung 2015. Die Teilnehmenden erarbeiteten in 10 Workshops Vorschläge zur weiteren Umsetzung der Leitlinien. Erstmals wurde dabei ein eigener Workshop zum Thema Frieden und Rüstung angeboten. Den kulturellen Rahmen gestaltete das Hope Theatre Nairobi. Moderiert wurde die Entwicklungspolitischen Landeskonferenz durch Simone Helmschrott und Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll.



1. Entwicklungspolitik, Menschenrechte, Flucht und Vertreibung

Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg, eröffnete die Entwicklungspolitische Landeskonferenz. Er informierte über die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien im vergangenen Jahr und erläuterte, wie die Ergebnisse der Landeskonferenz über den Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) in die Landespolitik eingebracht werden.

Veye Tatah, Chefredakteurin von *Africa positive*, setzte nach Eröffnung der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz einen ersten Akzent mit einer deutlichen Anklage des politischen und wirtschaftlichen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 Handelns in den Industrieländern im Hinblick auf die Ausbeutung der Rohstoffe Afrikas. Die
2 Entwicklungspolitik bekämpfe nur die Symptome einer internationalen Wirtschaftsordnung, welche die
3 armen Länder strukturell und systematisch benachteilige. Als Beispiel nannte sie die Konflikte im Kongo.
4 In den deutschen Medien werde immer noch der Eindruck erweckt, dabei handle es sich um
5 Stammeskonflikte. Tatsächlich werde der Konflikt aber durch die illegale Ausbeutung der Rohstoffe
6 angeheizt. Der Versuch der Europäischen Kommission, Rohstoffimporte aus Konfliktregionen strenger
7 zu kontrollieren, sei an der deutschen Industrie gescheitert. Die Menschen, die vor den Konflikten nach
8 Europas fliehen, hofften dort auf Frieden, Schutz und Wohlstand. Empfangen würden sie mit
9 Stacheldraht und Patrouillen, als seien sie Verbrecher. Wer es bis nach Deutschland schaffe, erfahre als
10 Flüchtling in der deutschen Gesellschaft oft Ablehnung. Frau Tatah fragte: „Wo bleiben da die
11 Menschenrechte und die Empathie für Menschen in Not? Welche Hautfarbe haben die Menschenrechte?
12 Sind sie nur wichtig, wenn der Profit stimmt?“ Die Ressourcen der afrikanischen Länder reichten nicht
13 aus, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu garantieren, aber sie reichten aus, den Wohlstand in
14 Europa zu sichern. Die Entwicklungspolitik sei nur eine scheinheilige Fürsorge, um den Status Quo
15 beizubehalten. Es gäbe viele gutwillige Organisationen, die sich bemühten, das Leid zu lindern, tatsächlich
16 erzielten sie aber nur punktuelle Erfolge. Notwendig sei eine grundlegende Reform der Politik. Dazu
17 wünsche sie sich speziell von den Kirchen ein stärkeres politisches Engagement.
18



19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July antwortete auf das engagierte Votum von Frau Tatah mit eigenen Erfahrungen aus Afrika. Er habe selbst in Kamerun erlebt, wie die Billigexporte von Geflügelteilen aus Europa die dortige Landwirtschaft in große Probleme gebracht habe. Bischof July beschrieb die Entwicklungspolitik in den evangelischen Kirchen mit drei konzentrischen Kreisen: Zum einen gebe es in der evangelischen Landeskirche sehr viele Menschen, die sich in Initiativen und Projekten engagierten und denen in ihrer Arbeit sehr bewusst sei, dass ihre Partner in den armen Ländern keine Objekte der Hilfe, sondern Subjekte in der Entwicklungszusammenarbeit und gleichberechtigte Partner seien. Diese Begegnungen auf lokaler Ebene seien sehr wichtig. Daneben gebe es in der Kirche die großen Hilfsorganisationen wie „Brot für die Welt“ oder die Diakonie Katastrophenhilfe. Hier gehe es tatsächlich oft darum, „Symptome“ zu bekämpfen, zum Beispiel in Syrien. Aber die Kirche dürfe die Menschen in ihrer Not nicht alleine lassen, nur weil es bisher niemand geschafft habe, die Ursachen des Konflikts in

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 Syrien zu beseitigen. Die dritte Ebene sei die internationale Vernetzung der Kirchen, zum Beispiel über
2 den Lutherischen Weltbund: „Dort lernen wir die Probleme aus der Sicht unserer afrikanischen
3 Geschwister zu sehen.“ Die Kirchen bemühten sich darum, ihre Stimme auch in die politischen Debatten
4 einzubringen.
5

6 **Bischof Dr. Gebhard Fürst** verwies auf das große Programm, das die Diözese Rottenburg-Stuttgart als
7 Reaktion auf die Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa im November aufgelegt habe. Die Diözese habe
8 7 Mio. Euro Soforthilfe bereitgestellt. Die Hälfte des Geldes sei für die Unterstützung von Flüchtlingen in
9 Deutschland bestimmt, die andere Hälfte für die Bekämpfung der Fluchtursachen. Die römisch-
10 katholische Kirche sehe mit Sorge, dass die Globalisierung vor allem den Industrieländern genutzt habe.
11 Die Millenniums-Entwicklungsziele seien nicht erreicht worden, die Schere zwischen Armen und Reichen
12 gehe immer weiter auseinander, nicht nur zwischen armen und reichen Ländern, sondern auch innerhalb
13 der Länder. Er mahnte: „Wir müssen unseren Wohlstand zurückschrauben und den Wohlstand in den
14 armen Ländern anheben.“ Der Vorteil der Entwicklungszusammenarbeit in einer Weltkirche sei, dass die
15 Kirche überall vor Ort vertreten sei. Das Ziel der kirchlichen Arbeit sei, die Menschen vor Ort zu
16 unterstützen, damit sie sich selbst helfen könnten. Als Beispiel nannte Bischof Fürst Kleinkredite für
17 Frauen, mit denen sie ihre eigenen kleinen Unternehmen gründen könnten. „Wir wollen also einerseits
18 den Flüchtlingen helfen, andererseits die Ursachen bekämpfen. Aber wir können nicht auf die Politik
19 warten, wir müssen beides mit großer Entschiedenheit tun.“
20



Hope Theatre Nairobi

21
22
23
24 **Klaus Rudischhauser**, stellvertretender Generaldirektor für Entwicklungszusammenarbeit in der
25 Europäischen Kommission (EuropeAid), stellte sich den kritischen Anfragen an die Politik der
26 Europäischen Union. Er verwies darauf, dass die Europäische Union mit Fördermitteln in Höhe von 80
27 Mrd. Euro der zweitgrößte Geber von Entwicklungshilfe weltweit sei. Die Bekämpfung der Armut sei
28 dank des Lissabonner Vertrags inzwischen ein vorrangiges Ziel der europäischen Politik. Herr
29 Rudischhauser erklärte, dass die EU bewusst in Krisengebieten aktiv sei, in die sich bilaterale Geber nicht
30 mehr trauen würden, z. B. in Syrien oder Somalia. Bei ihrer Entwicklungszusammenarbeit arbeite die EU
31 intensiv mit Organisationen wie den Kirchen oder der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 (GIZ) zusammen. Herr Rudischhauser berichtete vom EU-Afrika-Gipfel, der in der vorangegangenen
2 Woche in Brüssel stattgefunden habe. Ein wichtiges Thema sei dabei die gute Regierungsführung (Good
3 Governance) in den beteiligten Staaten gewesen. „Die afrikanischen Staatschefs sagen inzwischen selbst,
4 dass gute Regierungsführung eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung ihrer Länder ist.“ Er
5 verwies darauf, dass es bis vor drei Jahren überhaupt keine geordnete europäische Rohstoffpolitik gegeben
6 habe. Ziel der europäischen Rohstoffstrategie seien Transparenz und faire Rahmenbedingungen.
7 Rohstoffe aus Konfliktgebieten müssten kontrolliert werden. Hier habe man leider zunächst nur ein
8 freiwilliges Kontrollschema für die Unternehmen erreicht. Seine Direktion hätte sich ein verpflichtendes
9 Nachweissystem gewünscht, wie es sich beim Import von Tropenholz bereits bewährt habe.

10
11 **Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten**, verwies auf
12 die besondere Rolle eines Bundeslandes in der Entwicklungspolitik: „Wir sind nicht für die Außenpolitik
13 zuständig, aber wir haben innerhalb unseres Landes viele Möglichkeiten.“ Als ein Beispiel nannte er die
14 aktive Einbeziehung der Migranten- und Diasporagemeinschaften in die Entwicklungszusammenarbeit
15 des Landes. Auch habe das Land einiges getan, um die rechtliche und soziale Situation der Flüchtlinge in
16 Baden-Württemberg zu verbessern. „Die Globalisierung verläuft nicht gerecht, auch der Wohlstand in den
17 reichen Ländern ist ungerecht verteilt. Wir können dem Kapitalismus kein Schnippchen schlagen.“ Aber
18 das Land könne versuchen, im Bereich seiner Möglichkeiten Veränderungen zu erreichen, zum Beispiel
19 bei der Beschaffung. Friedrich würdigte außerdem den entwicklungspolitischen Dialog „Welt:Bürger
20 gefragt!“. „Seit Beginn des Prozesses sind im Land zahlreiche innovative Initiativen entstanden. Auf der
21 Messe "Fair Handeln" wurden viele Projekte erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt: Koordiniert über den
22 Städtetag Baden-Württemberg beraten und vernetzen sich etwa in dem Projekt "Engagement Kommunal.
23 Verantwortung Global" erstmals Kommunen in Sachen Entwicklungspolitik. Ebenfalls bundesweit
24 einmalig ist die Einbettung der "Fair-Trade-School-Kampagne" in die entwicklungspolitische Landschaft
25 von Baden-Württemberg.“ Auch die geplante Erneuerung der bestehenden Partnerschaft mit Burundi
26 solle tief in der Zivilgesellschaft verankert werden. „Entwicklungspolitisches Bewusstsein und
27 Veränderungsbereitschaft zu fördern ist unsere Stärke.“
28



Hope Theatre Nairobi

29
30

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 In der gemeinsamen **Diskussionsrunde** sprach sich **Landesbischof July** für eine bessere
2 Kommunikation in der Entwicklungspolitik aus. „Wir brauchen ein Kapillarsystem, das die Forderungen
3 und Anregungen aus den Entwicklungsländern zurück in den Resonanzraum der Politik bringt.“ **Bischof**
4 **Fürst** verwies auf die Möglichkeiten der Kirche, finanzielle Hilfen und Kompetenztransfer in Ländern zu
5 ermöglichen, in denen die Regierungen korrupt seien. „Das Geld der Kirchen kommt direkt und
6 unmittelbar vor Ort an. Hier müssen wir einen Schwerpunkt setzen, weil wir so viel effizienter und
7 effektiver sind. Das wissen wir aus vielen Studien.“ Bischof Fürst sprach sich für ein anderes
8 Globalisierungsmodell aus. „Ich wünsche mir eine Weltordnung auf der Grundidee der Sozialen
9 Marktwirtschaft, nicht des Kapitalismus. Darin müssen die Menschenrechte und die Rechte der
10 Schwachen konstitutiv enthalten sein.“ **Minister Friedrich** unterstützte diese Forderung, erinnerte aber
11 daran, dass Marktwirtschaft nicht automatisch zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Demokratie
12 führe. Diese Hoffnung aus der Vergangenheit habe sich nicht erfüllt. Bei den Verhandlungen der
13 Partnerschaftsabkommen mit Lateinamerika und bei dem Freihandelsabkommen mit den USA seien es
14 die Bundesländer gewesen, die darauf gedrängt hätten, Mindeststandards wie die Einhaltung der
15 Kernarbeitsnormen, Gewerkschaftsrechte oder die offenen Fragen der Landrechte mit aufzunehmen.

16
17 **Frau Tatah** mahnte in ihrem abschließendem Statement zu gemeinsamer Verantwortung: Bei der
18 Korruption gebe es nicht nur einen, der nimmt, sondern immer auch einen, der gebe. Das Erbe der
19 Kolonialmächte in Afrika seien künstliche Strukturen, die vom Westen kontrolliert würden. „Die
20 Strukturen sind das Problem, die müssen verändert werden. „Wir müssen gemeinsam die Politik und
21 Wirtschaft dazu bringen, gute Ansätze voranzubringen.“
22
23



24
25

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

2. Ergebnisse der Workshops

Workshop 1: Migranten und Diasporagemeinschaften

Ein Schwerpunkt des Workshops war die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Migrantenorganisationen und anderen Eine Welt-Organisationen vor Ort: Wie kann man gemeinsame Projekte entwickeln? Welche Begegnungsorte gibt es? Welche Machtstrukturen spielen bei den Entscheidungen eine Rolle?

Der Workshop erarbeitete acht Handlungsvorschläge für die Weiterarbeit:

- Schaffung von lokalen und regionalen Begegnungen.
- Verbesserung der Sichtbarkeit der Anlaufstellen zur Information, Vernetzung und Förderung.
- Schaffung einer Koordinationsstelle zur Unterstützung der Vernetzung.
- Mitwirkung von MigrantInnen bei der Entwicklung und Ausarbeitung von Lernmaterialien zum Globalen Lernen.
- Einbeziehung von MigrantInnen in die Entscheidungsgremien und Beiräte.
- Umfassendere Wahrnehmung von MigrantInnen als Brückenbauer für die globale Welt - nicht nur im Hinblick auf ihr Herkunftsland!
- Förderung gemeinsamer Ziele und Projekte von Migrantenorganisationen und anderen Akteuren.
- Förderung der Eigenständigkeit von Migrantenorganisationen.
- Dokumentation der Aktivitäten von Migrantenorganisationen in einem Info-Pool.
- Dokumentation von Beispielen zum Thema Machtstrukturen und Kooperationsbereitschaft zwischen Migrantenorganisationen und Eine Welt-Akteuren, z. B. den Kirchen.

Der Workshop wurde von den Eine Welt-Fachpromotoren Isabelle François (Eine Welt Forum Mannheim e.V.) und Paulino Miguel (Forum der Kulturen e.V.) moderiert.

Zur Delegierten des Workshops wurde die Studentin Caren Moirongo aus Esslingen gewählt.



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

2. Globales Lernen

Sigrid Schell-Straub berichtet als Eine Welt-Fachpromotorin für Globales Lernen in Baden-Württemberg über die Fortschritte im vergangenen Jahr:

- Bildungsplanreform: Beratung Grundschule Sachunterricht, Brief an MKJS Kommentierung, Jahrestagung des Landesarbeitskreises Schule für eine Welt BW (LAK), Gespräche mit MKJS, LS, MDL, etc.
- Einführung eines Ansprechpartnersystems auf freiwilliger Basis.
- Existierende entwicklungspolitische Partnerschaften und Programme: Promotor Internationale Bildungspartnerschaften (EPiZ), PromotorInnen Partnerschaften insbesondere Burundi (SEZ), Ch@t der Welten, ...
- Überlegungen zu einer Rahmenvereinbarung zur Ganztagschule
- Dezentrale Lernorte, Kompetenzzentrum, wissenschaftliche Begleitung: Wissenschaftliche Begleitung modulhaft (PP, EPiZ), Promotorin Globales Lernen - Qualifizierung (EPiZ) und RegionalpromotorInnen, neue Globale Klassenzimmer (siehe Foto im Anhang), www.bne-kompass.de
- Global Teacher: LAK Jahrestagung 2014 „Global teacher“, Projekt „Facilitating Global Learning“ (DEAB, EPiZ, finep), Projekt „Vielfalt und Chancen in der Einen Welt“ für berufliche Schulen (MKJS), BNE-MultiplikatorInnen
- BtE Bildung trifft Entwicklung: 10-jähriges Jubiläum 2013
- MigrantInnen als Bildungsakteure: Projekte: Eine-Welt-Forum Mannheim, Zertifizierung (stube, LpB, EPiZ), MigrantInnen und Naturschutz (finep)
- Sonstiges: Erweiterung LAK außerschulischer und Elementarbereich, neue Akteure gewinnen, Kommunen einbinden.



Der Delegierte der letztjährigen entwicklungspolitischen Landeskonferenz Michael Göcke berichtet über seine Aktivitäten:

- Teilnahme an der Klausurtagung im September 2013
- Beteiligung am Facharbeitskreis

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 • Projekt „Vielfalt und Chancen in der Einen Welt“: Initiieren von 10 Modellprojekten an
2 Beruflichen Schulen/Berufskollegs unter Einbindung des Ausbildungsseminars in Karlsruhe;
3 Lehrerfortbildungen, Erstellen von Handreichungen, Fachveranstaltung/Abschlussveranstaltung
4 UN-Dekade geplant, wo Ergebnisse multipliziert werden sollen (Handreichung, Dokumentation);
5 Projektende 2014, eine Weiterführung ist geplant, z.B. auch mit einer verstärkten Einbeziehung
6 von Betrieben; Projekt findet im Kontext der Umsetzungsprojekte zum Orientierungsrahmen
7 statt
8



9
10 Der Workshop bearbeitete in Kleingruppen vier Themenfelder:

11 **Globales Lernen in der Schule**

- 12
- 13 • Die Forderung des LAK ist, ExpertInnen der Zivilgesellschaft als FortbildnerInnen und
14 BeraterInnen in den Gremien der Bildungsplanreform zu nutzen, bezogen auf alle
15 Leitperspektiven, insbesondere die Bildung für nachhaltige Entwicklung
16
 - 17 • Handreichung: Die Nichtregierungsorganisationen (LAK, EPiZ,...) erstellen eine Handreichung
18 zu Globalem Lernen in den Bildungsplänen (Bezug zu Leitperspektiven), z.B. außerschulische
19 Angebote (Verbindung BNE-Kompass), Fortbildungen, ...
 - 20 • Berufliche Bildung: Eine Initiative starten, um Globales Lernen allgemein und in den
21 Bildungsplänen der beruflichen auch dualen Bildung zu verankern, dazu sind Kooperationen auf
22 Landes- und Bundesebene wichtig.

23 **Entwicklungspolitische Partnerschaften und Nord-Süd Dialog**

- 24
- 25 • Qualifikation für Partnerschaft auf Augenhöhe: Module ausarbeiten und diese bewerben: Norden
26 (EPiZ, Eine-Welt-Fachpromotor) / Süden (Goethe-Institut); mögliche Module (z.T. vorhanden);
27 Kontinuität durch Strukturen (symmetrisch!): Partnerschaftskomitees, Partnerschaftsverträge,
28 jährliche Projekte der Kooperation einrichten, Kommunikationsstrukturen schaffen;
29 Partnerschaft statt Patenschaft; Lernen an guten Beispielen.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 • Angebote, in denen die Module eingesetzt werden können: Workshopangebote für an
2 Partnerschaft Interessierte zusammen mit „alten Hasen“; Beteiligung an pädagogischen Fragen
3 und schulischen AGs; MultiplikatorInnenschulungen (EPiZ); Nord-Süd-Partner Workshops (eed,
4 EPiZ)

Dezentrale Lernorte initiieren, ausbauen und fördern

- 5
6
7 • Werbung für Unterstützung in unterschiedlichen Gruppen, z.B. Kommunalpolitik, Abgeordnete,
8 bestehende Netzwerke, ...

Globales Lernen in die Außerschulische Bildungsarbeit tragen

- 9
10
11 • Globales Lernen muss auch verstärkt und systematisch an außerschulischen Lern- und
12 Begnungsorten verankert werden, ganz im Sinne des lebenslangen Lernens (z.B.
13 Jugendorganisationen, Sportvereine, Kirchen, Medien, VHS, etc.): Schulung und Motivation von
14 MultiplikatorInnen in den verschiedenen Organisationen für GL; AnsprechpartnerInnen für GL
15 in den Organisationen; Thementag im Südwestrundfunk initiieren; Vernetzung zum GL der
16 außerschulischen Akteure; Punktuelle Engagementmöglichkeiten/Ansatzpunkte bieten.

17
18 Aus Sicht des Workshops sind zwei Forderungen zentral:

- 19 • Die Einbeziehung der Expertise der Zivilgesellschaft in den zuständigen Gremien bei der
20 Bildungsplanreform und die Erstellung einer Handreichung zum globalen Lernen im Unterricht.
21 • Die Schaffung von dezentralen Lernorten wie den globalen Klassenzimmern (außerhalb der
22 Schule).

23
24 Der Workshop wurde von Sigrid Schell-Straub vom Entwicklungspädagogischen
25 Informationszentrum (EPiZ) und Gabriele Winkler von Engagement Global gGmbH moderiert. Julia
26 Keller (DEAB) hat protokolliert.

27
28 Als Delegierte des Workshops wurde die Lehrerin Sabine Müller aus Stuttgart gewählt.
29 Stellvertretender Delegierter ist Petja Pucci von Unicef Deutschland (Stuttgart).

3. Wissenschaft, Forschung und Lehre

Diskussionspunkte, die hochschulinterne Anliegen aufgreifen:

- 34
35 • Das Engagement liegt bei Einzelnen und ist nicht strukturell verankert. An den meisten
36 Hochschulen gibt es deswegen wenig Angebote zu Entwicklungszusammenarbeit, internationaler
37 Zusammenarbeit und Globalisierung.
38 • Die Länder des Südens müssen attraktiver gemacht werden für Auslandsaufenthalte von
39 Studierenden und Lehrenden, aber auch für Partnerschaftsbestrebungen. Gleichzeitig muss auch
40 das Potential von „incomings“ und Rückkehrenden zur Förderung des Austausches mit dem
41 Süden genutzt werden. Der Austausch in beide Richtungen muss gefördert werden.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 • Entwicklungspolitische Inhalte müssen (wieder) verstärkt Eingang in die Lehre finden. Denn hier
2 ist eher ein Rückgang als ein Anwachsen der Thematik zu verzeichnen.
3 • Entwicklungspolitische Inhalte müssen Teil der Internationalisierungsstrategien sein.
4 • Die Vorteile von internationaler Zusammenarbeit und Partnerschaften gehen im Wettbewerb der
5 Hochschulen unter.
6 • Es fehlen Fördermittel zur Einstellung von Personal, das die internationale Zusammenarbeit mit
7 Ländern des Südens betreut sowie für Reisekosten. (Der zentrale Beitrag für
8 Entwicklungszusammenarbeit im Hochschulbereich liegt in den Studienplatzkosten; d.h.
9 ausländische Studierende werden während ihres Studiums in Baden-Württemberg finanziell
10 unterstützt. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) hat eine Abfrage zu den
11 Partnerschaftsbeziehungen der Hochschulen durchgeführt.)
12 • Wissenschaft muss (weltweit) demokratisiert und entkolonialisiert werden.
13 • Die Abhängigkeit der Hochschulen von der Wirtschaft muss reduziert werden.
14 • Bei Internationalisierung und entwicklungspolitischen Aktivitäten sollten Gerechtigkeitsfragen im
15 Zentrum stehen.
16 • Die RektorInnen an den Hochschulen müssen stärker auf das Thema aufmerksam gemacht
17 werden und besser einbezogen werden.
18



19
20
21
22
23
24
25
26
27

Diskussionspunkte, die Transfer und Kooperation betreffen:

- Die Ministerien müssen stärker auf das Thema aufmerksam gemacht werden und besser einbezogen werden (ressortübergreifend und bundesweit).
- Das MWK könnte Türöffner in anderen Ländern sein.
- Entwicklungspolitik und Hochschule muss als Thema auf politischer Ebene verankert werden, vor allem auch auf Ebene des Bundes und der EU.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Beispiel Myanmar: hier wurde in Deutschland ein hochschulübergreifendes Konsortium gebildet, in Myanmar wurde die Zivilgesellschaft zu Fragen der Hochschulentwicklung einbezogen, da diese die Expertise für bürgernahe und demokratische Bildungsarbeit innehat.
- Schlanke Modelle müssen geschaffen werden, so dass eine Prozessoptimierung zwischen Hochschulen, Landesregierung, Zivilgesellschaft und anderen Institutionen ermöglicht wird.
- Hochschulen müssen die Belange und Bedarfe von Praxis und Zivilgesellschaft aufgreifen, andererseits muss die Teilhabe von Praxis und Zivilgesellschaft am Wissen der Hochschulen erhöht werden. Der Transfer in beide Richtungen muss verbessert werden.

Zentrale Elemente zur Weiterarbeit:

- Es geht der Wunsch an Minister Friedrich, den hochschulpolitischen Dialog zwischen den Ministerien und den Hochschulen zu entwicklungspolitischen Anliegen voranzutreiben und dabei Partner im Süden und Zivilgesellschaft hinzuzuziehen.
- Die Workshop-Runde möchte ein Netzwerktreffen durchführen, das sich an alle entwicklungspolitisch Aktiven an den Hochschulen wendet. Zunächst wird das Netzwerktreffen sich auf Baden-Württemberg beschränken, wobei Best Practice Beispiele von außerhalb herangezogen werden sollen. Falls es eine Weiterführung gibt, ist eventuell eine Ausdehnung über Baden-Württemberg hinaus sinnvoll. Die Initiierung und Koordination übernimmt Karola Hoffmann als Hochschulpromotorin. Für die Planung und Durchführung erklären sich mehrere Teilnehmende bereit. Die Liste dieser Personen liegt Frau Hoffmann vor.

Der Workshop wurde von Claudia Duppel (Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. DEAB) und der Fachpromotorin Hochschulen Karola Hoffmann (finep – forum für internationale entwicklung + planung) moderiert.

Zum Delegierten wurde Dr. Gert Fieguth von der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl gewählt. Stellvertretende Delegierte ist Dr. Barbara Ramsperger vom Tropenzentrum der Universität Hohenheim.

4. Entwicklungspolitische Partnerschaften und Burundi

Die Teilnehmenden formulierten als gemeinsames Ziel die Schaffung „gleichberechtigter Partnerschaften auf Augenhöhe“. Diese sollen durch das Partnerschaftszentrum gefördert werden. Um aktuelle Herausforderungen von Partnerschaftsarbeit abzufragen und Angebote abzuleiten, wurden drei Fragestellungen diskutiert:

a. Welche aktuellen Herausforderungen gibt es in Ihrer Partnerschaftsarbeit?

- Es ist nicht immer leicht, entsprechende Partner im Norden/Süden zu finden.
- Kommunikationsprobleme führen zu Missverständnissen und Frustration. Oft mangelt es auch an interkultureller Kompetenz. Die Einbindung von MigrantInnen könnte dabei Abhilfe schaffen.
- Partner haben ein unterschiedliches (Selbst-)Verständnis von Partnerschaft.
- Mangelnde Vernetzung verhindert Synergien. Regelmäßige Veranstaltungsangebote, Treffen und Erfahrungsaustausch bieten Plattformen, um Kontakte zu knüpfen, sich auszutauschen und als Informationsquelle.

Evangelische

Akademie



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 • Gutes Projekt-Monitoring durch zuverlässige Partner würde die Partnerschaftsarbeit verbessern.
2



3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

b. Wie sieht Ihre „Partnerschaft auf Augenhöhe“ konkret aus?

Hier wurden einerseits Ziele/Wünsche formuliert, wie eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ aussehen soll und andererseits Punkte real existierender Partnerschaften genannt:

Ziele:

- Partnerschaft sollte gleichberechtigt sein – nicht nur auf dem Papier. Dabei sollten die Ziele der Partnerschaft gemeinsam festgelegt werden.
- Der Südpartner sollte dabei alles einbringen, was er einbringen kann. Das sollte vorab festgelegt werden.
- Es ist gut, wenn man sich in der Partnerschaftsarbeit auf ein Thema konzentriert.
- Partnerschaft auf Augenhöhe sollte ein „Geben und Nehmen“ sein.
- Ständige, interkulturell kompetente Kommunikation ist wichtig.

Realität:

- Die Partnerschaft auf Augenhöhe kann an den unterschiedlichen Kulturen, Vorstellungen und Herangehensweisen scheitern.
- Fehlende Kontrolle erschwert partnerschaftliche Projektarbeit.
- Die überwiegend gelebte Projektpartnerschaft bildet/manifestiert Geldgeber und Geldnehmer heraus.

c. Welche konkreten Ideen/Vorschläge haben Sie für die gemeinsame Arbeit in den nächsten 12 Monaten? Was können Sie einbringen?

- MigrantInnen sollten stärker als Brückenbauer einbezogen werden.
- Lokale Netzwerke sollten stärker angesprochen und eingebunden werden.
- Die Sichtbarkeit von Partnerschaften in Medien und Öffentlichkeit sollte verstärkt werden.
- Best-practice-Beispiele aus der Partnerschaftsarbeit können/sollen mehr vorgestellt werden.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Kompetenz in der Begleitung von Reverse-Programmen kann zur Verfügung gestellt werden.

Zur Vernetzung, zum Austausch und als Informationsquelle für Partnerschaftsgruppen dienen die Seite der SEZ unter www.sez.de sowie speziell zu Burundi www.bw-burundi.de

Der Workshop wurde von Astrid Saalbach und Steffen Groß (Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg - SEZ) moderiert.

Delegierter ist Pater Déogratias Maruhukiro Isch (Schoenstatt-Patres); RAPRED-GIRUBUNTU/ FONDATION MARIYA ARAFASHA aus Freiburg.

Stellvertretende Delegierte ist Regina Hartig, Koordinierungsstelle EURegKA der Stadt Karlsruhe.



5. Verantwortliche Beschaffung

Der Anteil der öffentlichen Beschaffung am Gesamtmarkt ist mit einem Anteil von 18 Prozent am Bruttoinlandsprodukt beträchtlich, Veränderungen im Markt wären deshalb über die öffentliche Beschaffung leicht möglich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops wünschen sich deshalb, dass die Landesregierung auf der Grundlage einer Bestandserhebung konkrete (Etappen-)Ziele für eine nachhaltige Beschaffung definiert, eine eigene Strategie für deren Umsetzung entwickelt und diese den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Beschaffungspartnerinnen und -partnern kommuniziert. Dadurch wird die Öffentlichkeit für das Anliegen eines verantwortlichen Einkaufsverhaltens sensibilisiert, Unternehmen für die Entwicklung neuer verantwortlicher Produkte motiviert und die Entwicklung tauglicher Nachweisinstrumente vorangetrieben.

Konkrete Impulse aus dem Workshop sind:

- Die Landesregierung soll eine stringente Strategie zur nachhaltigen Beschaffung definieren und kommunizieren.
- Die Zivilgesellschaft wird eine solche Strategie mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten unterstützen.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 • Gemeinsame Projekte zur Mobilisierung von Öffentlichkeit und Beschafferinnen und
2 Beschaffern und Themen- oder Praxis-Workshops bringen die nachhaltige Beschaffung in Baden-
3 Württemberg voran.
4 • Eine institutionalisierte Servicestelle, die Schulungsangebote und Beratungsleistungen für die
5 Beschafferinnen und Beschaffer im Land bereit stellt muss sofort eingerichtet werden, evtl. in
6 Kooperation mit anderen großen „Beschaffern“.
7

8 Der Workshop wurde von Uwe Kleinert (Werkstatt Ökonomie e.V.) und Jochen Walter (Eine Welt-
9 Promotor Mittelbaden) moderiert.

10
11 Zum Delegierten wurde Stefan Niethammer, 3FREUNDE, Konstanz gewählt.
12 Stellvertretende Delegierte ist Uta Umpfenbach, DEAB, Stuttgart.
13
14

15 6. Nachhaltiger Konsum und Fairer Handel

16
17 Der Workshop wünscht sich eine Stärkung des Fairen Handels der „100 % Fairhändler“, d.h. jener
18 Akteure, die ausschließlich Fairen Handel betreiben. Das gilt für alle Ebenen der Lieferkette, angefangen
19 bei den Produzenten über die Importeure bis hin zum Einzelhandel und den Kunden. Dazu ist eine
20 bessere Förderung der Weltläden, den Fachgeschäften des Fairen Handels, notwendig. Kriterien für die
21 Förderung sind die Glaubwürdigkeit, die Wirksamkeit und die Informationsarbeit.
22

23 Im Workshop wurde zunächst berichtet, was bisher bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen im
24 Themenfeld Fairer Handel erreicht wurde
25



26
27
28 Der Workshop sieht acht Handlungsfelder:

- 29 • Gerechte internationale Handelsbedingungen und faire Arbeitsbeziehungen fördern:

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 ○ Initiierung einer gemeinsamen Kampagne für gerechte internationale
2 Handelsbedingungen und faire Arbeitsbeziehungen
3
- 4 • Fairen Handel aus der Nische holen:
5 ○ Förderung von Fairtrade Schools durch die Überarbeitung der Materialien, die Schulung
6 von Multiplikator/innen, die Einrichtung einer Anlaufstelle mit Vermittlung von
7 Referent/innen.
8 ○ Förderung von Fairtrade-Universitäten
9 ○ Förderung des Fairen Handels durch die Kommunen verbessern
10 ○ Fairtrade-Town-Konferenz am 21. November 2014 (DEAB)
11
- 12 • Die Messe FAIR HANDELN weiterentwickeln:
13 ○ Schärfung und Vereinheitlichen der Kriterien für die Ausstellerauswahl
14 ○ Infosystem zum Fairen Handel aufbauen (DEAB)
15
- 16 • Die Unterstützung von Wirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften im Fairen Handel
17 ○ Der Vorschlag liegt beim Wirtschaftsministerium. Die Umsetzung steht aus.
18
- 19 • Die Bildungsarbeit zum Fairen Handel unterstützen:
20 ○ Multiplikatorenschulungen: Durch die Schaffung einer Fachpromotorenstelle Fairer
21 Handel im Rahmen des Eine-Welt-Promotorenprogramms – finanziert von Land Baden-
22 Württemberg und BMZ – kann die Fair-Handels-Beratung ausgebaut und Beratungs-
23 und Bildungsangebote für Weltläden zur Verfügung gestellt werden. Die
24 Fachpromotorenstelle ist beim DEAB angesiedelt.
25
- 26 • Nachhaltiger Konsum
27 ○ Eine Änderung des gesamten Lebensstils ist notwendig und muss gefördert werden.
28

29 Der Workshop fordert:

- 30 • Bessere Verbraucheraufklärung und konkrete Produktinformationen zu den unterschiedlichen
31 Ansätzen im Fairen Handel
32 • Mehr Unterstützung durch Kommunen und Kirchen z. B. durch Produzentenbesuche und in der
33 Bildungsarbeit.
34 • Ausweitung des Fairen Handels durch mehr Weltläden und die Professionalisierung der
35 Weltläden.
36 • Eine Werbekampagne für die Weltläden.
37

38 Der Workshop wurde von Birgit Lieber (Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. -
39 DEAB) moderiert.

40 Zur Delegierten wurde Margret Eder vom Weltladen Gablenberg in Stuttgart gewählt. Stellvertretende
41 Delegierte ist Annette Dannenberg aus Meckesheim.
42

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



1



2

3

4

7. Entwicklungspolitische Verantwortung in der Wirtschaft

5

6

Der Workshop arbeitete schwerpunktmäßig an drei Themenfeldern:

7

- Entwicklungspolitischer Unternehmensdialog

8

Der Workshop beschäftigte sich zum einen mit dem geplanten entwicklungspolitischen Unternehmensdialog der Landesregierung. Er schlägt die Bearbeitung von 5 Themenbereichen im geplanten Unternehmensdialog vor:

9

10

11

- Berufliche Bildung
- Wertschöpfungsketten und Beschaffung
- Förderung von Entrepreneurship im Süden
- Projekte einer „grünen Wirtschaft“
- Einhaltung von Standards (ILO, Global Compact, ...)

12

13

14

15

16

17

- Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung

18

- Zertifizierungen in der Berufsbildung: Der Workshop schlägt vor, an der Zertifizierung von Berufsabschlüssen zu arbeiten, um die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu erleichtern.

19

20

21

- Der Workshop regt eine verstärkte Ausbildungsförderung im Produktionsland/Absatzmarkt an.

22

23

- Der Workshop macht verschiedene Vorschläge zur entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit im Bereich der Unternehmen: Sensibilisierung und Gewinnung von Managern für Auslandseinsätze im Süden; Sensibilisierung für Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Beratungen der Außenhandelskammern; Ermöglichung von Praktika in Entwicklungsländern im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

24

25

26

27

28

29

30

31

- Beratung von Unternehmen für Praktika im Rahmen des Baden-Württemberg-Stipendiums

- Austausch zwischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 ○ Der Workshop schlägt vor, existierende Plattformen wie das Deutsche CSR-Forum
2 verstärkt für die Kooperation zwischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen
3 zu nutzen.

4
5 Für die Weiterarbeit wünscht sich der Workshop eine konkrete Berichterstattung aus den jeweiligen
6 Ministerien in den Workshops sowie erfolgreiche Praxisbeispiele aus den Handlungsvorschlägen. Der
7 Workshop schlägt vor, für die künftige Diskussion das Thema „Stetiges Wachstum ist unmöglich“
8 aufzugreifen.

9
10 Der Workshop wurde von Nicole Kimmel (Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
11 - SEZ) und Gabriela Pico (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH - GIZ)
12 moderiert.

13
14 Zur Delegierten wurde Gertrud Deffner von Afrique future aus Kehl am Rhein gewählt. Stellvertretender
15 Delegierter ist Wolfgang Saier, Senior Expert Service, aus Esslingen.

18 8. Ökologische Nachhaltigkeit

19
20 Der Workshop arbeitete an vier Themenfeldern:

- 21 • Wissenstransfer
- 22 ○ Wie kann ein faires System für den Wissenstransfer entwickelt werden?
 - 23 ○ Eine kommunale Nachhaltigkeitskonferenz mit Kommunen aus den
 - 24 Entwicklungsländern wird vorgeschlagen
 - 25 ○ Migranten können in diesem Bereich Brückenbauer sein.
 - 26 ○ Der „ökologische Fußabdruck“ muss in den Wertschöpfungsketten deutlich gemacht
 - 27 werden.
 - 28 ○ Multiplikatorenaustausch
- 29
- 30 • Vernetzung der Akteure
- 31 ○ Tagung zur Vernetzung der Akteure (Thema: Ressourcen, Klima, Wissenstransfer)
 - 32 ○ Stärkung kommunaler Netzwerke (Plattform für Erfahrungsaustausch beim
 - 33 Städtetag/Gemeindetag)
 - 34 ○ Landesweite Vernetzung der Klimabündnis-Kommunen
- 35
- 36 • Ökologische Nachhaltigkeit als Querschnittsthema weiterverfolgen
- 37
- 38 • Ökologische Beschaffungskriterien
- 39 ○ Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Beschaffung
 - 40 ○ Zertifizierungen als Steuerungsinstrument
 - 41 ○ Importbeschränkungen für nicht ökologisch zertifizierte Produkte
- 42

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 Das Thema der ökologischen Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema. Nachhaltigkeitskriterien sollten
2 deshalb in allen Bereichen des entwicklungspolitischen Dialogs berücksichtigt werden. Der Workshop
3 schlägt vor, eine spezielle Tagung zur ökologischen Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit
4 mit Akteuren aus der Wissenschaft, den Kommunen, Industrie und privaten Initiativen zu organisieren,
5 um den Austausch und die Vernetzung zu verbessern.
6



7
8
9 Der Workshop wurde von Günter Burger von der Stadt Freiburg moderiert. Zum Delegierten wurde Dr.
10 Marc Cotter von der Universität Hohenheim gewählt. Stellvertretende Delegierte ist Martina Bechtle vom
11 Städtetag Baden-Württemberg aus Waldkirch.
12
13

14 **9. Europäische Entwicklungspolitik**

15
16 Der Workshop arbeitet schwerpunktmäßig an zwei Themenbereichen:
17

- 18 • EU-Förderprogramme in der Entwicklungszusammenarbeit
19 Klaus Rudischhauser, Stellvertretender Generaldirektor von EuropeAid, informierte zunächst
20 über die Förderprogramme der EU im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Da in den
21 vergangenen Jahren in der Europäischen Kommission Personal abgebaut und gleichzeitig mehr
22 Geld für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt wurde, muss die Kommission
23 ihre Aktivitäten dort konzentrieren, wo sie die größte Wirksamkeit entfalten können. Das Ziel der
24 EU-Programme ist deshalb nicht, viele kleine Projekte zu unterstützen, sondern in großen
25 Programmen die Verhältnisse in einem Land positiv zu verändern. Die Budgethilfe an einzelne
26 Länder bietet der Kommission die Möglichkeit, sicherzustellen, dass das die Fördermittel der EU
27 im geförderten Land auch der Bevölkerung zugutekommen. Das Thema Good Governance spielt
28 dabei eine wesentliche Rolle. Die Kommission hat in Mittel- und Osteuropa sehr gute
29 Erfahrungen mit Kooperationsprojekten („Twinning“) gemacht, um Wissenstransfer zwischen
30 Institutionen, Städten und Regionen zu fördern. Dies soll auch auf die
31 Entwicklungszusammenarbeit übertragen werden.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 Neben dem Fokus auf das Ausland werden geringere Mittel auch für die entwicklungspolitische
2 Bildungsarbeit in den EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt. Diese werden im sogenannten
3 DEAR-Programm (Development Education and Awareness Raising) ausgeschrieben, sodass sich
4 beispielsweise „Local Authorities“ (lokale Behörden, Gemeinden, regionale Regierungseinheiten)
5 oder „Non-State Actors“ (Nichtregierungsorganisationen) auf die Fördermittel bewerben können.
6 Die Höhe der Fördersummen und der mit der Antragstellung verbundene Aufwand ermöglichen
7 es allerdings v.a. größeren Institutionen oder Dachverbänden, die über entsprechende
8 Kapazitäten verfügen, solche pan-europäischen Bildungsprojekte erfolgreich zu beantragen und
9 durchzuführen.

- 10
- 11 • Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015
12 Jedes Jahr schreibt die EU besondere Jahre aus. 2015 wird das Europäische Jahr der Entwicklung
13 sein. Diese Jahresthemen sollen dazu genutzt werden, die Bürgerinnen und Bürger für bestimmte
14 Themen zu sensibilisieren. Die Europäische Kommission organisiert dazu mit den Mitgliedstaaten
15 gemeinsame Projekte und Veranstaltungen. Das Europäische Jahr der Entwicklung sollte nach
16 Möglichkeit „von unten“, d.h. von allen Mitgliedstaaten getragen sein. Etwa 7 Mio. Euro werden
17 an alle 28 Mitgliedstaaten verteilt.
18 Die Zielsetzungen des Europäischen Jahres der Entwicklung werden demnächst online gestellt.
19 Es soll den Bekanntheitsgrad der europäischen Entwicklungszusammenarbeit erhöhen, für
20 entwicklungspolitische Themen sensibilisieren, aber auch die Geberländer als Teil des Problems
21 thematisieren. Das „Entwicklungs-Jahr“ ist auch in die Debatte um die Post-Millenniums-Ziele
22 der EU und die Nachhaltigkeitsagenda eingebettet, deren Umsetzung durch zivilgesellschaftliche
23 Akteure erfolgen soll. Insgesamt sollen für das Europäische Jahr der Entwicklung 5 Mio. € für
24 Aktivitäten in Brüssel und Ausschreibungen des DEAR-Programms sowie 7 Mio. € für die EU-
25 Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden. Die nationalen Ausschreibungen in Deutschland
26 erfolgen voraussichtlich über das BMZ; ab September 2014 soll ein Aktionsplan vorliegen.
- 27



28
29
30 Der Workshop erarbeitete dann in Kleingruppen Vorschläge für die Beteiligung am Europäischen Jahr für
31 Entwicklung:

- 32 • Beteiligung verschiedener Akteure ermöglichen
33 ○ „Entwicklungsjahr von Unten“
34

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1 ○ Bürgerbeteiligung (z.B. EpL als Impulsgeber für EU-Kommission)
- 2 ○ Lokale Blickwinkel einbeziehen
- 3 ○ Konkrete (Handlungs-) Empfehlungen auf individueller wie politischer Ebene
- 4 ○ Nachhaltige Beschaffung fördern, bei Ausschreibungen und in Betrieben
- 5
- 6 ● Entwicklung als gemeinsamen Lernprozess wahrnehmen
- 7 ○ Soziales Miteinander fördern
- 8 ○ Kritische Reflexion, wie es mit Europa weitergeht und welche Rolle Europa in der Welt
- 9 ○ übernimmt
- 10
- 11 ● Kohärenz der Europäischen Politik fördern
- 12 ○ Handel und Außenpolitik
- 13 ○ Europäische Politik soll mehr wertorientiert und weniger realpolitisch sein
- 14 ○ Menschenrechte vor Wirtschaftsrechten
- 15 ○ Unternehmensverantwortung
- 16 ○ Für internationale Begegnungen: z.B. Visa-Erteilung erleichtern
- 17
- 18 ● Formate zur Mitarbeit im Europäischen Jahr für Entwicklung
- 19 ○ Kampagnen mit Plakaten
- 20 ○ Öffentlichkeitsarbeit, Medien
- 21 ○ Weiterhin die Fair-Handeln-Messe nutzen, evtl. „Entwicklung“ als Schwerpunktthema
- 22 ○ Globales Lernen, Bildungsarbeit
- 23
- 24 ● Formen der Zusammenarbeit
- 25 ○ An erster Stelle: kritische Reflexion des Entwicklungsbegriffs (Was heißt Entwicklung?
- 26 ○ Wer legt fest, was Entwicklung ist?)
- 27 ○ Verantwortung Deutschlands und der EU gegenüber der Weltgemeinschaft thematisieren
- 28 ○ Gemeinsam globale Herausforderungen diskutieren; globale Projekte
- 29 ○ Kommunale Tandems
- 30 ○ Transparenz der Geldmittel und der geförderten Projekte sicherstellen
- 31

32 Aus Sicht des Workshops sind die Förderstrukturen der EU für kleinere Organisationen unerreichbar.
33 Hier werden grundsätzliche Änderungen gefordert. Die Ausrufung des Europäischen Jahrs für
34 Entwicklung 2015 wird unterstützt. Themen- und Veranstaltungsformatvorschläge sind aus Sicht des
35 Workshops Beteiligung, Kohärenz, lokaler Blickwinkel, Nachhaltigkeit, Beschaffung, gemeinsame
36 Lernprozesse, kritische Reflexionen sowie eine stärkere Werteorientierung der europäischen
37 Entwicklungspolitik.

38
39 Der Workshop wurde von Peter Scherhans (Evangelische Landeskirche in Baden) moderiert. Klaus
40 Rudischhauser, Stellvertretender Generaldirektor von EuropeAid, und Minister Peter Friedrich wirkten in
41 dem Workshop mit.

42 Als Delegierter wurde Regionalpromotor Johannes Lauterbach von Colibiri e.V. in Tübingen gewählt.
43 Stellvertretende Delegierte ist Verena Schneeweiß vom Internationalen Bund e.V. in Stuttgart.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 **10. Frieden und Rüstung**

2 Der Workshop wurde im Vorfeld Entwicklungspolitischen Landeskonferenz durch die eine ökumenische
3 Arbeitsgruppe der Kirchen in Baden-Württemberg initiiert. Da es keine Vorjaheresergebnisse gab, die
4 weiterentwickelt werden könnten, erfolgte zunächst eine Sichtung der Entwicklungspolitischen Leitlinien
5 und Handlungsvorschläge. Im nächsten Schritt arbeitete der Workshop entlang der Handlungsfelder der
6 Leitlinien. Dabei wurden folgende Forderungen und Initiativen genannt – die jeweils hervorgehoben
7 wurden als „Impulse zur Umsetzung und Ergänzung der Handlungsvorschläge“ im Plenum der
8 Konferenz vorgestellt:
9



10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

- **Forschung und Lehre**
 - Friedensforschung als Querschnittsthema an den Universitäten stärken:
 - Projekte initiieren und unterstützen
 - Frieden als Forschungs-, Lehr- und Lernziel definieren
 - Rücknahme der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr an den Pädagogischen Hochschulen
 - Friedensprojekte als Forschungsprojekte fördern
 - **Zivilklauseln an Universitäten stärken**
 - **Offenlegungspflicht der Universitäten fordern**

- **Globales Lernen**
 - Rücknahme der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr an den Schulen
 - Den Kirchentag 2015 in Stuttgart zur Bildungsarbeit nutzen
 - Strukturelle Förderung für Friedensarbeit
 - Verbesserung der Kooperation mit der Zivilgesellschaft
 - Ein Hearing zur Friedensarbeit im Landtag durchführen
 - **Friedenserziehung als Bestandteil des Globalen Lernens im Bildungsplan verankern**

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
- **Wirtschaft**
 - Einen öffentlichen Rüstungsexportbericht für Baden-Württemberg erstellen.
 - Konversionsansätze fördern, z. B. in erneuerbare Energien.
 - Runden Tisch einberufen für Hintergrundgespräche
 - **Die AG Wirtschaft der Landeskonzferenz 2013 zum Thema Konversion neu beleben**
 - **Rüstungsproduktion, Export, Handel überwinden**
 - **Umsetzung der Handlungsvorschläge! Dort ist als Ziel des Landes festgehalten, einen Dialogprozess zur Konversion zu initiieren (S. 13)**
 - **Bürgschaften für Rüstungsgüter unterbinden (auf Landes- wie auf Bundesebene)**
 - **Partnerschaften**
 - Asylsuchende und Verfolgte in Baden-Württemberg unterstützen und aufnehmen (auf Augenhöhe)
 - **Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die zur Versöhnungs- und Friedensarbeit aktiv sind**
 - **Beschaffung**
 - **Beschaffungskette auf Korruption hin prüfen, im Zweifelsfall keine Aufträge des Landes erteilen!**
 - **Im Landesvergabegesetz bedenken: Keine Rohstoffe aus Kriegs- und Krisengebieten beziehen!**
 - **Internationales**
 - **Keine Kommandozentralen, die Entwicklung behindern, in Baden-Württemberg!**
 - **Zur Transparenz: Unabhängige Erhebung internationaler Zentralen im Land**

30 In einem weiteren Schritt wurde erhoben, welche Initiativen es bereits gibt. Dazu zählen:

- 31
32
33
34
35
36
37
- „Runder Tisch Friedensbildung“ – dieser sollte gestärkt werden
 - Waffen vom Bodensee – als Zusammenschluss vieler Akteure
 - Netzwerk Zivilklauseln
 - Erneuerbare Energien-Bündnis
 - Netzwerke von Bürgerinitiativen zur Arbeit mit Verfolgten

38 Diese gilt es zu stärken und auszubauen, um Synergien zu ermöglichen. Da zu diesem Thema kein eigener
39 Fachpromotor eingesetzt wurde, wäre es begrüßenswert, wenn die Promotoren auch das Thema Rüstung
40 und Frieden weitertragen würden.

41
42 Entwicklung und Frieden sind aus Sicht des Workshops zwei Seiten einer Medaille, deshalb muss für eine
43 kohärente Politik dieser Zusammenhang thematisiert werden. Gespräche mit der Wirtschaft sind ebenso

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 dringend erforderlich wie mehr Transparenz der Hochschulen, eine Überprüfung der Beschaffungs- und
2 Vergabepolitik des Landes und die Wahrnehmung der internationalen Verantwortung, die Baden-
3 Württemberg hat. Ein Dialogprozess des Landes, wie er in den Handlungsvorschlägen aufgenommen ist,
4 wäre ein wichtiger Schritt hin zur Kohärenz.

5
6 Der Workshop wurde von Simone Helmschrott (Evangelische Akademie Bad Boll) moderiert.

7
8 Zum Delegierten wurde Henning Zierock, Gesellschaft Kultur des Friedens, aus Tübingen gewählt.
9 Stellvertretender Delegierter ist Jürgen Menzel, act for transformation gem. eG, Aalen.

10
11



12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

3. Abschlussplenum

Zum Abschluss der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz 2014 wurden die Ergebnisse aus den Workshops durch die Delegierten im Plenum vorgestellt. Minister Peter Friedrich dankte allen Beteiligten für ihre Mitarbeit und ihr Engagement. Er erläuterte, dass der Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) die Ergebnisse aufarbeiten werde und zusammen mit der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) in die Politik des Landes einbringen werde. Zu einigen der Vorschläge nahm der Minister direkt Stellung:

Ad Workshop 1: Migranten und Diasporagemeinschaften:

Minister Friedrich unterstützte ausdrücklich, dass sich Migranten in den üblichen Gremien von Parteien und Verbänden organisieren und einbringen. Friedrich forderte, das derzeitige Kommunalwahlrecht zu überarbeiten. Wer Steuern zahle, müsse auch darüber mitentscheiden dürfen, was mit seinen Steuern geschehe. Das Universitätsgesetz erlaube leider keine Sonderbehandlung von Studierenden aus Entwicklungsländern. Friedrich sprach sich für eine Stärkung der Migrantenselbstorganisationen aus. Das Integrationsministerium arbeite daran.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 Ad Workshop 2: Globales Lernen

2 Minister Friedrich wies darauf hin, dass Bildung für Nachhaltige Entwicklung und damit das Globale
3 Lernen als eines der Leitziele in den neuen Bildungsplänen verankert worden sei. Der Landesarbeitskreis
4 Lernen für die Eine Welt sei auch bereits einbezogen worden. Das Thema des globalen Lernens müsse im
5 betrieblichen Bereich und auch im außerschulischen Bereich noch stärker gefördert werden.

6

7 Ad Workshop 3: Wissenschaft, Forschung und Lehre

8 Minister Friedrich erklärte, dass er hoffe, dass in Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachpromotorin
9 die Vernetzung der Akteure in diesem Bereich schnell verbessert werden könne. Die Forderung nach
10 mehr Unterstützung durch die Landesregierung nehme er gerne auf.

11



12

13

14 Ad Workshop 4: Entwicklungspolitische Partnerschaften und Burundi

15 Aus Sicht der Landesregierung ist eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Burundi das gemeinsame Ziel,
16 nicht nur auf Regierungsebene, sondern als Dach für eine Vielfalt von Initiativen wie die kommunalen
17 Partnerschaften, Gesundheitsprojekte oder Partnerschaften in der beruflichen Bildung.

18

19 Ad Workshop 5: Verantwortliche Beschaffung

20 Der Minister erläuterte, dass eine Arbeitsgruppe im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft derzeit an
21 den Beschaffungskriterien arbeite. Das Ziel sei, über die Ausschreibungen Veränderungsprozesse
22 anzustoßen. Wettbewerbsrechtlich seien hier aber enge Rahmenbedingungen gesetzt. Im Hinblick auf eine
23 Servicestelle gebe es bereits Strukturen. Diese müssten noch weiter qualifiziert, sensibilisiert und motiviert
24 werden. Eine zusätzliche Servicestelle sei deshalb nicht unbedingt zielführend.

25

26 Ad Workshop 6: Nachhaltiger Konsum und Fairer Handel

27 Der Minister berichtet, dass sich die Landesregierung gemeinsam mit anderen Akteuren für ein Eine-Welt-
28 Haus in Stuttgart eingesetzt habe. Er freue sich auf einen neuen Weltladen in zentraler Lage am
29 Charlottenplatz in Stuttgart. Ein weiteres Ziel der Landesregierung sei es, die Messe FAIR HANDELN
30 weiter zu entwickeln.

31

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1 Ad Workshop 7: Entwicklungspolitische Verantwortung in der Wirtschaft
2 Minister Friedrich informierte über die Aktivitäten der Landesregierung zur Förderung der beruflichen
3 Bildung in den Entwicklungsländern in Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern, der
4 Hochschule Esslingen und der Landesakademie für Lehrerfortbildung. Das Ministerium für Finanzen und
5 Wirtschaft plane für das zweite Halbjahr zusammen mit der Evangelischen Akademie Bad Boll einen
6 entwicklungspolitischen Unternehmensdialog.

7
8 Ad Workshop 8: Ökologische Nachhaltigkeit
9 Minister Friedrich warb dafür, die Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit über den Nachhaltigkeitsbeirat
10 der Landesregierung zu vernetzen. Dieser habe bereits die entwicklungspolitischen Leitlinien in die
11 Nachhaltigkeitsstrategie des Landes einbezogen. Deshalb halte er eine zusätzliche Vernetzungstagung
12 nicht für notwendig.
13



14
15
16 Ad Workshop 9: Europäische Entwicklungspolitik
17 Minister Friedrich begrüßte den Beschluss der Europäischen Union für ein Europäisches Jahr der
18 Entwicklung 2015. Er schlug vor, den entwicklungspolitischen Dialog des Landes mit den Aktivitäten des
19 Europäischen Jahrs für Entwicklung zu verknüpfen. Denkbar seien Projektbündelungen und gemeinsame
20 öffentliche Foren, vielleicht auch wieder in Verbindung mit der Messe Fair Handeln.

21
22 Ad Workshop 10: Frieden und Rüstung
23 Minister Friedrich verteidigte den Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Hochschulen des Landes.
24 Darüber sei im Landtag intensiv diskutiert worden. Er sprach sich gleichzeitig für eine bessere
25 Verankerung der Friedenthemen in den Bildungsplänen aus. Zu den Fragen der Rüstung erklärte er, dass
26 das Land hierfür nicht zuständig sei. Baden-Württemberg sei nicht in der Rüstungsförderung tätig.
27 Schwierig sei allerdings das Thema einer militärischen Nutzung ziviler Güter (dual use). Hier sei eine klare
28 Trennung oft nicht möglich. Das Land unterstütze aber grundsätzlich nur Projekte im zivilen Bereich.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



1 Die nächste entwicklungspolitische Landeskonferenz findet am 11. April 2015 im Rahmen der
2 Messe FAIR HANDELN statt.

3
4 Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog WELT:BÜRGER GEFRAGT!
5 finden Sie unter:

6
7 www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt
8 www.ev-akademie-boll.de

9
10 **Kontakt:**

11 Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit
12 Staatsministerium Stuttgart
13 Richard-Wagner-Straße 15
14 70184 Stuttgart
15 0711/2153-0
16 lez@stm.bwl.de

17
18 Evangelische Akademie Bad Boll
19 Dr. Dieter Heidtmann
20 Simone Helmschrott
21 Akademieweg 11
22 73087 Bad Boll
23 Tel. 07164 79-0
24 weltbuerger@ev-akademie-boll.de
25
26

